



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 01. März 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- 160.000 Menschen demonstrierten in Barcelona für die Aufnahme von Geflüchteten. Barcelona hat 1,6 Mio. Einwohner*innen.
<http://www.tagesschau.de/ausland/demos-barcelona-101.html> (19.02.17)
- Die italienische Küstenwache kann vergangene Woche 630 Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken bewahren. An einem Strand in Libyen werden die angespülten Leichen von 74 Ertrunkenen entdeckt. Vermutungen zufolge stammen sie von einem Boot, welches mit etwa 100 Menschen ablegte. Laut Internationaler Organisation für Migration starben in diesem Jahr mindestens 365 (*DW*) beziehungsweise 366 (*ARD*) Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Verglichen mit dem selben Zeitraum des Vorjahres seien dies dreimal mehr Tote.
<http://www.dw.com/de/hunderte-fl%C3%BChtlinge-aus-dem-mittelmeer-gerettet/a-37660318> (22.02.17)
<https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-mittelmeer-213.html> (24.02.17)
- Der UN-Koordinator für Libyen hält die Geflüchtetenlager für komplett menschenunwürdig. Unter anderem verweist er auf Berichte über Erschießungen von Menschen, die ermordet werden sobald sie sich gegen die Zustände in den Lagern auflehnen. Vorschläge wie die von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Menschen in dieses Land zurückzuschieben seien „undenkbar“.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-02/fluechtlinge-libyen-uno-kritik-martin-kobler-fluechtlingslager> (22.02.17)
- 16 Millionen sind es, die laut UNHCR-Zahlen auf dem afrikanischen Kontinent fliehen oder geflüchtet sind und die in diesem Artikel der *ARD* als die Vergessenen beschrieben werden. Die Situation in vielen der Lagern beschreiben Hilfsorganisationen als der Katastrophe nahe. In einem UNHCR-Lager in Nyarugusu in Tansania leben 60.000 Menschen. Aus Burundi sind sie nach dem gescheiterten Putsch gegen Präsident Pierre Nkurunziza geflohen, in einem Zwischenlager brach die Cholera aus. Die Zelte des UNHCR in Nyarugusu sind inzwischen marode und löchrig, die Sanitäreanlagen nicht für so viele Menschen ausgelegt und nicht mehr sauber zu halten. Neben dem UNHCR beklagen auch weitere Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen zu geringe Gelder, um die Geflüchteten zu versorgen. Die größten Probleme gebe es bei der Wasserversorgung und bei der

Unterbringung.

<https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/afrikaprojekt-tansania-hp-101.html> (20.02.17)

- Auch die Menschen, die aus Tschetschenien fliehen, könnten als Vergessene beschrieben werden. Einige von ihnen leben seit Monaten auf Bahnhöfen in Weißrussland und versuchen verzweifelt, nach Polen, in die EU, zu gelangen. Verzweiflung definiert als durchschnittlich 20 Versuche, die von jede*m tschetschenischer*n Fliehender*n unternommen werden, per Zug die Grenze nach Polen zu überqueren. Theoretisch droht ihnen ab dem fünften Versuch die Abschiebung aus Weißrussland. Der Artikel beschreibt geschlechtsspezifische Fluchtgründe wie die Zwangsheirat für junge Frauen oder die Verhaftung von jungen Männern. Bei letzteren kommt es nach der Einkerkung in Kellern auch zu Erschießungen in Wäldern. Viele werden gezwungen, im Ukraine-Konflikt an der Seite der Separatist*innen in der Ostukraine teilzunehmen.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-an-polnisch-weissrussischer-grenze.1773.de.html?dram:article_id=379749 (24.02.17)
- Vorvergangenen Freitag gelang 500 von 1000 Menschen die Überquerung der Zäune, die die spanische Exklave Ceuta von Marokko trennen. Letzten Montag gelang 300 weiteren die Überwindung der beiden sechs Meter hohen Grenzzäune.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/fluechtlinge-grenze-ceuta-europa-100.html> (20.02.17)
- Das Gericht der Europäischen Union hat die Klagen gegen den EU-Türkei-Deal von drei Asylsuchenden abgelehnt. Sie waren auf Grund des Abkommens in die Türkei gebracht worden. Das Gericht begründet die Entscheidung damit, dass die EU-Mitgliedsstaaten das Abkommen geschlossen hätten, keine EU-Institution. Eine Berufung vor dem Europäischen Gerichtshof ist möglich.
http://www.deutschlandfunk.de/asylrecht-eu-gericht-will-nicht-ueber-fluechtlingspakt-mit.447.de.html?drn:news_id=715759 (28.02.17)
- Die österreichische Regierung hat das Asylrecht weiter verschärft. Abgelehnte Asylsuchende drohen jetzt entweder Geldstrafen von 5.000 bis 15.000 Euro oder Abschiebehaft wenn sie nicht ausreisen. Die Abschiebehaft wurde von zehn auf 18 mögliche Monate ausgeweitet. Weiterhin werden Rückkehrzentren geschaffen wo Personen auch ohne die für die Abschiebung nötigen Passdokumente eingesperrt werden können.
<https://www.nzz.ch/international/asylpolitik-in-oesterreich-regierung-will-schaerfere-strafen-bei-nichtausreise-abgelehnter-asylbewerber-ld.148212> (28.02.17)
- Die Wahl von US-Präsident Donald Trump hat die Fluchtbewegung von Illegalisierten aus den USA nach Kanada verstärkt. Bei bis zu -20 Grad Celcius wagen Menschen die Flucht aus den US-Bundesstaaten Minnesota und North Dakota in die kanadischen Staaten Manitoba, Quebec und British Columbia. Die Folgen sind erfrorene Finger, Zehen und Augenlider. Amputationen wurden durchgeführt.
<http://www.bbc.com/news/world-us-canada-38960035> (13.02.17)

Bund, Land, Kommune

- Im vergangenen Jahr kam es zu 3.500 rassistischen Angriffen auf Geflüchtete und Geflüchtetenunterkünfte. 560 Menschen wurden verletzt, 43 davon Kinder. Damit wurden knapp 10 Straftaten pro Tag verübt. Weiterhin wurden 217 Mal Menschenrechtsorganisationen und Unterstützer*innen attackiert.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fremdenhass-mehr-als-angriffe-auf-fluechtlinge-im-jahr-1.3395560> (26.02.17)
- Das Bundeskabinett beschloss den Entwurf zum „Gesetz zur besseren Durchsetzung der

Ausreisepflicht“ mit welchem unter anderem die Abschiebehaft auf „Gefährder*innen“ ausgeweitet werden soll, also auf Menschen, die inhaftiert werden, bevor sie eine Straftat begangen haben. Der Ausreisegewahrsam soll von vier auf zehn Tage erhöht werden. Außerdem sollen die Handydaten von Geflüchteten ausgelesen werden um ihre Identität festzustellen. Die SPD will, anders als das CDU-geführte Ministerium, die Daten nicht flächendeckend sondern nur in Einzelfällen prüfen lassen.

Am selben Tag als die Regierung das Gesetz beschloss, kam es zur dritten Sammelabschiebung nach Afghanistan seit Dezember. Grüne und Linke sowie Teile der SPD verwiesen auf den UNHCR-Bericht, der eindeutig davon spricht, dass ganz Afghanistan von Kriegszuständen gezeichnet sei. Bundesinnenminister Thomas de Maizière ärgert sich über den Abschiebestopp, den rot-grüne Bundesländer verhängt haben. Vor allem die Landesregierung Schleswig-Holsteins wird massiv von der Bundesregierung kritisiert. In zwei Fällen setzen Gerichte, in einem davon das Bundesverfassungsgericht, die Abschiebung in letzter Minute aus. In dem einen Fall wäre die Familie getrennt, in dem anderen ein psychisch erkrankter Mann abgeschoben worden. Beide kommen aus Baden-Württemberg.

http://www.deutschlandfunk.de/asylopolitik-spd-will-handydaten-nur-in-einzelfaellen.1947.de.html?drn:news_id=713037 (21.02.17)

<http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/De-Maizi-re-veraergert-ueber-Abschiebestopp-nach-Afghanistan-id40617591.html> (21.02.17)

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/bundesregierung-abschiebung-afghanistan-thomas-de-maiziere> (22.02.17)

http://www.deutschlandfunk.de/asylopolitik-kanzleramtsminister-altmaier-verteidigt.447.de.html?drn:news_id=713318 (22.02.17)

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.fluechtlinge-gerichte-setzen-zwei-abschiebungen-nach-afghanistan-aus.b5ddb3e9-e7e9-4e3b-aff1-293735987a17.html> (22.02.17)

Die sächsische CDU bestärkt noch einmal ihren Willen, ebenso nach Afghanistan abschieben zu wollen sobald sie rechtliche Abschiebehindernisse beseitigen oder ignorieren könne. Die Opposition aus Grünen und Linken fordert einen generellen Kurswechsel im Angesicht der Abschiebungen. Bereits die 20 Familientrennungen durch Abschiebungen im vergangenen Jahr seien nicht hinnehmbar und ein Grundrechtsverstoß.

<https://www.sz-online.de/sachsen/sachsen-beteiligt-sich-nicht-an-sammelabschiebung-3619135.html> (22.02.17)

<https://mephisto976.de/news/sachsens-harter-kurs-59483> (22.02.17)

- Aus Sachsen-Anhalt wurden bei derselben Sammelabschiebung zwei Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Dies hat zum Streit in der Koalition geführt, die Grünen haben den CDU-Innenminister Holger Stahlknecht hart kritisiert. Für die Grünen könne ein solches Vorgehen die Situation innerhalb der Koalition aus CDU, SPD und Grünen „eskalieren“ lassen.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/abschiebung-sorgt-fuer-koalitionsstreit-in-magdeburg-14891809.html> (23.02.17)
- Das Oberverwaltungsgericht Münster hat der Klage eines Menschen syrischer Staatsbürgerschaft nicht stattgegeben, der subsidiären Schutz erhalten und Anspruch auf den Flüchtlingsstatus nach Genfer Flüchtlingskonvention erhoben hatte. Das Gericht begründete dies damit, dass nicht davon auszugehen sei, dass ihn allein die Asylantragstellung zum Ziel von Folter und Verfolgung durch das syrische Regime werden lasse. Zahlreiche andere Gerichte haben auch auf Grund eines hohen Maßes an Dokumentation über genau diese Praxis anders entschieden.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/fluechtlinge-syrien-oberverwaltungsgericht-nordrhein-westfalen-bamf-fluechtlingsstatus> (21.02.17)
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) braucht immer länger, um über Asylanträge zu entscheiden. In 2016 waren es im Schnitt 8,1 Monate, 2015 lag der

Durchschnitt noch bei 5,9 Monaten. Von langen Wartezeiten betroffen sind vor allem Menschen somalischer Staatsbürgerschaft sowie der türkischen und russischen.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fluechtlinge-in-deutschland-warten-immer-laenger-auf-asyl-14891374.html> (23.02.17)

- Das „Gesetz zur besseren Durchführung der Ausreisepflicht“ ist auf dem besten Weg, als die sonstwievielte Asylrechtsverschärfung Realität zu werden und doch reicht das der Sachsen-CDU immer noch nicht. Deren Fraktionsvize im Landtag, Michael Kretschmer, findet auch Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen eine super Idee, aus welchem Grund auch immer. Dass er damit Wahlkampf macht, zeigt sich wenn bedacht wird, dass mit Dublin IV eben dieses Mittel ermöglicht werden soll, Kretschmer also nur etwas mehr Geduld haben müsste, bis sein Wunsch in Erfüllung geht.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/minderjaehrige-fluechtlinge-keine-abschiebung-milliarden-kosten-kritik-kretschmer-100.html> (22.02.17)
- Luan Zejneli ist kosovarischer Staatsbürgerschaft und hat aus Sicht der Bundesrepublik kaum einen Anspruch auf Asyl. Dies bekräftigte die Androhung seiner möglichen Abschiebung ab Freitag vergangener Woche. Ein Mitschüler hatte eine Petition aufgesetzt und um Unterstützung für Luan gebeten. Schnell unterzeichneten über 3000 Menschen die Petition. Ein weiterer Mitschüler Luans, Vorsitzender der CDU-nahen Schüler-Union Leipzig, zeigte in einer Pressemitteilung keine Empathie und verschaffte damit der Petition weitere, inzwischen bundesweite Aufmerksamkeit. Die Petition liegt inzwischen bei über 6.200 Unterzeichner*innen. Juliane Nagel, MdL für Die Linke, wirft dem Mitschüler Unwissenheit und mangelnde Humanität vor. Rechtsstaatliche Mittel seien längst nicht ausgeschöpft. Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird Luans Fall in der Sächsischen Härtefallkommission einbringen.
<http://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2017/02/luan-soll-bleiben-schueler-kaempfen-gegen-drohende-abschiebung-167606> (16.02.17)
<http://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2017/02/Luan-und-seine-Familie-Duldung-fuer-einen-Monat-weiteres-Verfahren-offen-168421> (23.02.17)
<http://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2017/02/Juliane-Nagel-wirft-CDU-Jugend-mangelndes-Verstaendnis-von-Humanitaet-vor-168389> (23.02.17)

Hintergrund und Meinung

- Leo Leu in der *LIZ* über den Fall von Luan Zejneli sowie die Reaktion des Menschen von der CDU-nahen Schüler Union. Jegliches Wiedergeben würde den Artikel kaputt machen, denn da hat einer mit richtig viel Wut und dennoch eiskalter Präzision die ganze Ignoranz der Abschiebung und der sie Unterstützenden seziert und Luans Einzelfall in die bundesdeutsche und europäische Ebene eingebettet.
<http://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2017/02/Leo-Leu-stoesst-verbluefft-auf-zwei-herzlose-Leipziger-Nachwuchs-Politiker-168208> (22.02.17)
- Die Politikwissenschaftlerin Seyla Benhabib gab der *Frankfurter Rundschau* ein Interview, in dem sie betont, dass es im Angesicht der US-Präsidentschaft Donald Trumps nicht genug sei, sich auf starke Institutionen zu verlassen. Zwar verteidigten Medien und Judikative die US-amerikanische Verfassung gegen Trump, doch sei Protest auf der Straße weiterhin unbedingt notwendig. Einen Faschisten sieht sie nicht in ihm, Trump sei nicht die Spitze einer institutionalisierten Bewegung (wie es SS und SA für Hitler waren), außerdem sei er tatsächlich nicht sehr ideologiegefestigt. Die einzige Analogie zur NS-Zeit bestehe für sie in dem Willen einiger, Trump für ihre Zwecke instrumentalisieren zu wollen. Trotz dass Benhabib die US-Verfassung beispielsweise für die Gewaltenteilung schätzt, sieht sie sie auch als überholt an. Trumps Wahlsieg allein auf Grund des electoral votes sei das herausragendste Beispiel. Die Verfassung sei nicht reformierbar. Was Benhabib im Hinblick

auf die Gewaltenteilung auch wieder optimistisch stimmt. Steve Bannon wird von ihr als Wahnsinniger beschrieben, als Göring. Was dann doch eine zweite Analogie ist. Sollten die französischen Präsidentschaftswahlen wie die US-amerikanischen ausfallen, hat sie kaum Hoffnung.

<http://www.fr.de/kultur/usa-trump-ist-nicht-populaer-a-982582> (21.02.17)

- Der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof, Paolo Mengozzi, hatte Anfang letzten Monats im Falle einer Familie syrischer Staatsbürgerschaft, die sich in Beirut aufhält, dafür plädiert, ihnen ein humanitäres Visum auszustellen. Damit könnten sie nach Belgien fliegen und dort Asyl beantragen. Ralph Janik nimmt dies in der *NZZ* als Anlass, die Widersprüchlichkeit, in der sich die EU in der Asylpolitik bewegt, zu kommentieren. Entweder solle die EU das Recht auf Asyl konsequent umsetzen oder dieses Recht neu definieren. Konsequente Umsetzung würde bedeuten, den Menschen die Möglichkeit zu geben, Asylanträge auch im Ausland zu stellen. Gefährliche Fluchtrouten wären somit vermeidbar. Die der Realität Geflüchteter weniger bis nicht entsprechende Option wäre die Neudefinition des Rechts auf Asyl. Die dänische Regierung hatte in 2015 hierzu bereits vorgeschlagen, dass Menschen, die sich in einem „Sicheren Drittstaat“ aufgehalten hätten, nicht mehr in der EU Asyl beantragen können und dafür auch eine Änderung der Genfer Flüchtlingskonvention ins Spiel gebracht.

<https://nzz.at/oesterreich/europa/europa-und-das-recht-auf-asyl> (21.02.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe